

BERLIN

Antisraelisches Konzert sollte verboten werden

Nach Protesten des israelischen Botschafters und zahlreicher Organisationen hat die Innenverwaltung am Mittwoch versucht, ein Konzert von palästinensischen Rappern am Brandenburger Tor zu untersagen. »Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass die Verbotserklärung noch vor Beginn der Veranstaltung zugestellt wird«, erklärte ein Sprecher von Innenminister Andreas Geisel (SPD) dem »nd«. Der Auftritt der Rapper Shadi Al-Bourini und Shadi Al-Najjar sollte – nach Redaktionsschluss – bei einer »Kundgebung zur Palästina-Frage« erfolgen. »Von diesen Musikern wird offen das Existenzrecht Israels infrage gestellt, das ist für uns eine rote Linie, das geht gar nicht«, sagte der Sprecher der Innenbehörde. Zuvor hatte unter anderem der Israelische Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff, an den Senat appelliert, »diese besorgniserregende Veranstaltung am Brandenburger Tor, die antisemitische Rhetorik und Verherrlichung von Gewalt gegen Israel verspricht, zu verhindern«. mkr

Gesamtpersonalrat attackiert Scheeres

Der Gesamtpersonalrat (GPR) der Berliner Lehrer und Erzieher übte scharfe Kritik an Bildungsministerin Sandra Scheeres (SPD). In einer Mitteilung des Gremiums heißt es, dass man das Vertrauen in die Senatorin verliere. Stein des Anstoßes ist der angebliche Verstoß gegen eine Dienstvereinbarung über die mittelbare pädagogische Arbeit. Damit sind Vor- und Nachbereitungsstunden gemeint, die als Arbeitszeit angerechnet werden können. Die Dienstvereinbarung sieht mittels Befragung eine Evaluation der mittelbaren pädagogischen Arbeit vor. Der GPR kritisiert, dass es nach dreizehn Monaten noch nicht zu dieser Befragung gekommen ist. »Es ist ein Trauerspiel«, sagt die GPR-Chefin Marion Leibnitz. »Die Senatorin zeigt sich desinteressiert.« Leibnitz forderte Scheeres zur »konstruktiven Zusammenarbeit« auf. jlo

Mehr als 1,8 Millionen Gäste in Freibädern

Die Berliner Freibäder sind in diesem Sommer gut besucht worden. Mehr als 1,86 Millionen Badegäste kamen in die Sommerbäder der Berliner Bäder-Betriebe, wie sie am Mittwoch mitteilten. Damit blieben die Zahlen hinter dem Vorjahresrekordwert zurück. 2018 besuchten mehr als zwei Millionen Menschen die Freibäder. Die meisten Badegäste verzeichnete in dieser Saison das Sommerbad Kreuzberg mit mehr als 300 000 Gästen. In Wilmersdorf genossen mehr als 200 000 Menschen den Sommer. Wer im Herbst unter freiem Himmel schwimmen möchte, kann das bis einschließlich Sonntag in den Bädern Kreuzberg, Wilmersdorf, Insulaner und Humboldthain tun. dpa/nd

DIENSTLEISTUNGEN

zapf umzüge www.zapf.de 030/61061

VERSCHIEDENES

Kennen Sie Ihr Herzinfarkt-Risiko?



Rund 300.000 Menschen erleiden in Deutschland jedes Jahr einen Herzinfarkt.

Testen Sie Ihr Risiko!



Jetzt unter www.herzstiftung.de

Aktionsplan für mehr Demokratie

Abschlussbericht zu Einstellungen der Bürger in Marzahn-Hellersdorf erschienen

Wissenschaftler*innen haben untersucht, wie die Einwohner*innen von Marzahn-Hellersdorf zur Demokratie stehen und wie antidemokratischen Einstellungen entgegenwirken kann.

Von Lola Zeller

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf im Osten Berlins hat viele Seiten: Die meisten Menschen leben gerne hier und ärgern sich über die negative Darstellung ihres Wohnortes in der Öffentlichkeit. Die rührt auch daher, dass es hier in den letzten Jahren starke antidemokratische Mobilisierungen gegen Migrant*innen und Geflüchtete gab und rechte Parteien hohe Wahlerfolge einfahren konnten. Dass die Beteiligung an politischen Prozessen im Bezirk gering und negative Haltungen zur Demokratie weit verbreitet sind, hat ein Forschungsteam der Alice-Salomon-Hochschule zum Anlass genommen, »Demokratiefeindliche Einstellungen in einer Kommune am Beispiel Marzahn-Hellersdorf« zu untersuchen. Nun ist der Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft erschienen.

Mittels eines Fragebogens haben die Forscher*innen von Heinz Stapf-Finé zwischen März 2017 und Dezember 2018 die Haltung der Marzahn-Hellersdorfer*innen zu Demokratie und Menschenfeindlichkeit untersucht. Das Fazit: Zwar bewerten viele der Befragten die Demokratie an sich durchaus positiv, ihre derzeitige Umsetzung jedoch weniger. Die Einstellung zur Demokratie hängt jedoch stark von der Einkommens- und Erwerbssituation sowie vom Bildungsstand ab, erklärt Stapf-Finé: »Je besser es den Leuten ökonomisch geht, desto eher vertrauen sie der Politik und der Demokratie.« Insgesamt seien Menschen, die der Demokratie eher kritisch gegenüberstehen, anfälliger für menschenfeindliche Positionen. Aber: Phänomene wie Islamfeindlichkeit und Antisemitismus seien auch unter Demokrat*innen weit verbreitet, so der Wissenschaftler.

Zusätzlich haben die Forscher*innen ausführliche Interviews geführt, um herauszufinden, warum sich Bürger*innen von demokratischen Strukturen distanzieren. »Es ist häufig so, dass Menschen die Erfahrung gemacht haben, dass der Staat oder die Politik das soziale Sicherheitsversprechen nicht richtig eingehalten hat«, sagt Heinz Stapf-Finé. Wer sich etwa während seiner Erwerbslosigkeit nicht gut behandelt fühlt, sei von der Verwaltung nachhaltig enttäuscht und wende sich eher vom Gemeinwesen ab. Für Stapf-Finé ist daher klar: Die Politik muss sich wieder vermehrt mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit befassen.

Abgeordnetenhaus will Reform verabschieden

Parlament soll von Teilzeit auf Vollzeit umgestellt werden / Ab 2020 steigen monatliche Bezüge um 2000 Euro

Viele Abgeordnete sehen ihren Beruf als Vollzeitjob. Formal ist das Berliner Abgeordnetenhaus aber ein Teilzeitparlament. Mit einer Reform soll die Arbeit ab 2020 an die Realität angepasst werden.

Von Martin Kröger

Die extreme Rechte im Abgeordnetenhaus will das Thema an diesem Donnerstag erneut ausschlagen. Wenn es um die Verabschiedung der Parlamentsreform gehen soll, hat die AfD eine namentliche Abstimmung beantragt. »Wir wollen offenlegen, wer sich selber seine Pension erhöht«, sagt Thorsten Elsholtz, der AfD-Fraktionssprecher. Die Rechtsaußen regt vor allem auf, dass die neuen, höheren Diäten für die gesamte Legislatur auf die Pensionen angerechnet werden sollen. Die AfD-Abgeordneten selbst wollen, behaupten sie, die höheren Diäten spenden – genau festgelegt ist das noch nicht. Faktisch soll ein Abgeordneter nach der Reform ab dem 1. Januar 2020 rund 6000 Euro an Bezügen erhalten, bisher waren es 4000. Das



Wer mit Neonazis demonstriert, muss sich über seinen schlechten Ruf nicht wundern.

Foto: dpa/Stephanie Pillick

Doch auch die DDR-Vergangenheit von Marzahn-Hellersdorf spielt laut Studie eine Rolle: Ein großer Teil der Befragten ist in der DDR beziehungsweise in den neuen Bundesländern geboren und nach dem Zusammenbruch der SED-Regierung beruflich abgestiegen. Viele, die zuvor noch gut in das politische und soziale Gemeinwesen eingebunden waren, hätten nach der Wende vor allem wirtschaftliche Sorgen gehabt und sich dementsprechend mehr auf das eigene Berufs- und Privatleben konzentriert. »Das führte am Ende dazu, dass das Gemeinwesen, wie es jetzt existiert, häufig als ein fremdes, auferlegtes empfunden wird«, so Stapf-Finé.

Um den antidemokratischen Einstellungen entgegenzuwirken, hat der Abschlussbericht eine Reihe von Handlungsempfehlungen für eine stärkere Beteiligung der Bürger*innen auf Lager. So haben die Forscher*innen bei ihren Interviews die Erfahrung gemacht, dass es bei vielen Menschen ein großes Interesse gibt, ihre Meinungen und Erfahrungen mitzuteilen. Auch wenn es im Bezirk bereits ein gut ausgebautes Angebot an Mitwirkungsmöglichkeiten gebe, wird empfohlen, dass Politik und Verwaltung mehr »aufsuchende politische Arbeit« leisten, etwa durch Bürger*innensprechstunden, Stadtteilkonferenzen, Hausbesuche oder auch digitale Beteiligungsmöglichkeiten.

Die Forscher*innen betonen aber auch, dass sich der Bezirk deutlich gegen menschen- und demokratiefeindliche Haltungen positionieren muss: »Demokratieverdrossene beziehungsweise -skeptiker dürfen nicht das Gefühl bekommen, dass antidemokratische Aussagen und Aktivitäten akzeptabel sind«, heißt es im Forschungsbericht. Unter anderem wird empfohlen, Mitarbeiter*innen der Verwaltung zu trainieren, um institutionellen Rassismus und Abwertung von Menschen zu erkennen und zu vermeiden.

Damit die Ergebnisse der Studie auch umgesetzt werden können, arbeiten die Wissenschaftler*innen an einem Folgeprojekt zur Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf. Angeregt wird ein »Demokratieplan« für den Bezirk, der von Politik, Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen gemeinsam umgesetzt werden soll. Damit soll ein Austausch darüber angestoßen werden, wie die aktuelle Situation verbessert werden kann. Das Forschungsteam sei dafür bereits in intensiven Gesprächen mit dem Bezirk. »Wichtig ist dabei, dass die Bürger und Bürgerinnen die Erfahrung von Selbstwirksamkeit machen«, sagt Stapf-Finé. Davon profitiere auch die Politik: »Wenn Bürgerbeteiligung die repräsentative Demokratie ergänzt, wird die Demokratie insgesamt gestärkt.«

Ergebnisse der Studie in Zahlen

- ▶ 363 Marzahn-Hellersdorfer*innen haben sich an der Umfrage beteiligt. Mit 30 von ihnen wurden im Anschluss vertiefende Interviews geführt.
- ▶ 88 Prozent der Befragten in Marzahn-Hellersdorf sind in der DDR beziehungsweise in den neuen Bundesländern geboren.
- ▶ 78 Prozent gefällt es in Marzahn-Hellersdorf. 90 Prozent finden, der Bezirk werde in den Medien oft falsch dargestellt.
- ▶ 76 Prozent stimmen dem Ideal der Demokratie zu. 36 Prozent halten sie für aktuell gut umgesetzt, 31 Prozent für teilweise gut umgesetzt und 33 Prozent für nicht gut umgesetzt.
- ▶ 83 Prozent interessieren sich für aktuelle politische Themen. 70 Prozent sind jedoch nicht politisch engagiert. 60 Prozent haben sich zumindest früher stärker engagiert. loz

Geschäftsführer der Linksfraktion dem »nd«. Deshalb sei seine Fraktion dafür, »den Status des Parlaments« anzupassen, so Zillich. »Das Teilzeitparlament war eine Chimäre.«

Um die neuen Diäten zu berechnen, haben die Fraktionsvertreter von

»Wir wollen eine Professionalisierung des Parlaments – und zugleich den gegenwärtigen Kontrollstandard erhalten.«

Steffen Zillich, LINKE

SPD, CDU, LINKE, Grünen und FDP in den vergangenen Monaten zahlreiche Tabellen gewälzt. Das Ergebnis: Mit den rund 6000 Euro liegt Berlin nach der Reform im Vergleich der Bundesländer weiter unter dem Durchschnitt. Auch bei den Versorgungsansprüchen rangieren die Berliner weiter am untersten Rand.

»Der Vorwurf, dass wir in die Kasse greifen wollen, entspricht nicht dem Impuls unserer Diskussion«, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, Daniel Wesener. Zumal die Diätensteigerungen auch mit mehr Arbeit verknüpft wird. Schließlich beinhaltet die Parlamentsreform auch, dass die Ausschusssitzungen, die bislang in der Regel zwei Stunden dauerten, auf drei Stunden verlängert werden. Auch das Plenum des Abgeordnetenhauses soll ab Anfang 2020 länger tagen: Statt von 10 bis 19 Uhr sollen die Sitzungen bis 22 Uhr laufen. Ab dem Jahr 2021 wird zudem die Zahl der Plenar- und Ausschusssitzungen um zwei zusätzliche Termine pro Jahr erhöht.

All dies haben die Vertreter der demokratischen Parteien im Einvernehmen besprochen. Insgesamt soll die Reform fast sieben Millionen Euro pro Jahr kosten. 4,4 Millionen Euro davon entfallen direkt aufs Abgeordnetenhaus, der Rest fließt für die Bezirksverordnetenversammlungen. Denn deren Mitglieder profitieren ebenfalls, ihre Diäten steigen von rund 600 Euro auf 937 Euro.

TIPPS

URANIA

Die URANIA, An der Urania 17, bietet heute folgende Veranstaltungen für Sie an:

16 Uhr: Wandern in Berlin. Auf den schönsten Wegen durch die Stadt. Vortrag von Frank Goyke.

18 Uhr: Dr. Sommer für alle. Was Patienten (noch) immer nicht zu fragen wagen. Podiumsdiskussion mit Dr. Yael Adler, Prof. Dr. Frank Sommer.

18.30 Uhr: Foresight Filmfestival »Vision findet Stadt«.

19.30 Uhr: Sodom. Macht, Homosexualität und Doppelmoral im Vatikan. Vortrag von Frédéric Martel.

20 Uhr: Henri Matisse und der Fauvismus. Zum 150. Geburtstag des Meisters der Farbe. Vortrag von Elke Krauskopf.

Literatur

»Das Ungeheuer Muse« und »Aeolia.Gesang« – Alban Nicolai Herbst liest aus seinen neu erschienenen Gedichtbänden. Heute, 20.30 Uhr, »Buchhändlerkeller«, Carmerstraße 1 (Charlottenburg).

»Ach Mama, ach Tochter« – Lesung mit Gisela, ach Kirsten Steinecker. 27.9., 18 Uhr, »Freizeitforum Marzahn«, Marzahner Promenade 55.

»Aktueller geht es nicht!« – Ein kulinarischer Kurt-Tucholsky-Abend. 27.9., 19 Uhr, »Ziegelhof«, Am Kirchplatz 12 (Zehlendorf).

»Der Tanzende Direktor. Lernen in der besten Schule der Welt« – Lesung mit Verena Friederike Hasel. 27.9., 19.30 Uhr, »Tucholsky-Buchhandlung«, Tucholskystraße 47 (Mitte).

Dietmar Dath: »Neptunation« – Lesung und Gespräch. 27.9., 20 Uhr, »Literaturforum im Brecht-Haus«, Chausseestraße 125 (Mitte).

Freizeit

»Stadt M« und »Der Geist Europas« – Zwei Dokumentarfilme von Igor Morozov (Original mit engl. Untertiteln). Heute, 18 Uhr, »Brotfabrik-Kino«, Caligariplatz 1 (Weißensee).

»Algorithmus, wo jeder mit muss!« – Eine kabarettistische Hymne an die neue Epoche mit Gerald Wolf. Heute, 19.30 Uhr, »Kunstverleih Lichtenberg«, Konrad-Wolf-Straße 99.

»Red Room« – Gastspiel Danceworks Berlin. Tanzperformance von Sigge Modigh. Heute, 19.30 Uhr, »theaterforum kreuzberg«, Eisenbahnstraße 21.

»Mschatta Lounge« – Konzertreihe. Gast: Milad Khawam (Trompete). Musikalische Interpretation eines ausgewählten Ausstellungsobjekts. Heute, 19.30 Uhr, »Museum für Islamische Kunst im Pergamonmuseum«, Bodestraße (Mitte).

»Der Tatorreiniger« – Drei Episoden aus der populären TV-Krimi-Serie von Mizzi Meyer. Heute, 20 Uhr, »Berliner Kriminal Theater«, Palisadenstraße 48 (Friedrichshain).

»Wetterleuchten« – Ein bürgerliches Damendrama von Daniel Call. Heute, 20 Uhr, »BrotfabrikBühne«, Caligariplatz 1 (Weißensee).

»Männerfreundschaften« (Dok 2018) – Filmvorführung und Gespräch mit dem Regisseur Rosa von Praunheim. Heute, 20.45 Uhr, »Film-museum Potsdam«, Breite Straße 1 A.

»Musik aus Siebenbürgen und der Welt« – Konzert des Kinder- und Jugendensembles »Canzonetta«. 27.9., 18.30 Uhr, »Heilige-Geist-Kirche«, Perleberger Straße 36 (Moabit).

»Crossing the Freeway« – Tanzperformance von LUNA PARK/Kosmas Kosmopoulos. 27.9., 19 Uhr, »Uferstudio 14«, Uferstraße 23 (Wedding).

Ausstellungen

»FRAMED #26« – Kunstwerke des Holocaust-Überlebenden Dov Or-Ner und Live-Musik Performance des israelischen Musikers Lenny Ben Basat. Heute, 20.30 Uhr, »FRAMED«, Simplonstraße 29 (Friedrichshain).

Hreinn Friðfinnsson: »To Catch a Fish with a Song« – Fotografin. Ausstellungseröffnung. 27.9., 19 Uhr, »KW Institute for Contemporary Art«, Auguststraße 69 (Mitte).